

## Blasphemie-Gesetz

In einer Acht-zu-eins-Entscheidung hat das indonesische Verfassungsgericht am 19.4.2010 ein umstrittenes Gesetz als rechtmäßig bestätigt, nach dem Indonesier, die eine von den sechs offiziell anerkannten Religionen abweichende Religion ausüben, mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden können. Das 1965 von der Regierung Sukarno initiierte Gesetz war 2009 von einer Gruppe von NGOs und Einzelpersonen unter Führung des früheren Präsidenten Abdurrahman Wahid angefochten worden, da es gegen die in Artikel 28 der Verfassung explizit garantierte Religionsfreiheit verstoße. Das Gericht begründete das Gesetz damit, dass Religion zwar grundsätzlich

Privatsache sei, dass bei einer Abschaffung religiöse Minderheiten allerdings Gefahr liefen, Ziel gewalttätiger Angriffe intoleranter Gesellschaftsmitglieder zu werden. »Indonesiens Gesetze sollten diejenigen schützen, die friedlich ihren religiösen Gefühlen Ausdruck verleihen, und diejenigen bestrafen, die anderen Gewalt androhen, und nicht umgekehrt«, sagte Elaine Pearson, stellvertretende Asien-Direktorin von Human Rights Watch. Der Präsident solle das Gesetz kippen, wenn es ihm mit der Förderung einer pluralistischen Gesellschaft Ernst sei. Es stelle eine Bedrohung für religiöse Minderheiten dar, so Pearson.

vgl. Human Rights Watch 19.4.2010

## Gespräche über Arbeitsbedingungen

Die von der indonesischen Regierung verhängte Sperre für ArbeitsmigrantInnen, nach Malaysia zu reisen, bleibt vorerst in Kraft, nachdem sich der malaysische Premierminister Najib Razak und der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono in Gesprächen am 18. Mai 2010 nicht in allen Punkten über die Arbeitsbedingungen der Migranten einigen konnten. Indonesien hat jüngst sowohl mit Malaysia

als auch mit Kuwait Verhandlungen über entsprechende Vereinbarungen geführt. Infolge von Berichten, dass indonesische Arbeiter in Malaysia misshandelt und nicht bezahlt worden waren, wurde Arbeitern im Juni 2009 untersagt, dorthin auszureisen. Drei Monate später weitete die Regierung die Regelung nach ähnlich lautenden Berichten auch auf Kuwait aus.

vgl. [www.thejakartaglobe.com](http://www.thejakartaglobe.com) 18.5.2010

## Umweltschutzproteste zeigen Erfolg

Umweltschützeraktionen haben die indonesische Regierung umdenken lassen. Nach starken Protesten hat das Forstministerium im April 2010 von der Initiative, die Monokultur Ölpalm-Plantage auf zuvor von Regenwald besiedelten Flächen als Wald zu deklarieren, Abstand genommen. »Durch die Kennzeichnung der Ölpalm-Plantagen als Wald würde das Abholzen von Urwäldern als nachhaltige Nutzung gelten. Dies hätte die internationalen Bemühungen zum Schutz der Wälder ad absurdum geführt und Türen geöffnet, um die Umwandlung von Regenwald in Plantagen über Klimaschutzinstrumente auch

noch finanzieren zu lassen«, so Birgit Zimmerle, Regenwald-Expertin von GLOBAL 2000. Auch die EU will laut eines Anfang 2010 bekannt gewordenen Kommissions-Entwurfs Ölpalm-Plantagen als Wald definieren. »Eigentlich sollten EU-Richtlinien die Zerstörung der wertvollen Wälder verhindern. Diese skandalösen Versuche der Umkettierung bergen verheerende Auswirkungen auf das Klima, die Artenvielfalt und die Menschen. Die EU muss die Entscheidung der indonesischen Regierung zum Anlass nehmen und die eigenen Pläne revidieren«, so Zimmerle.

vgl. [www.TS.at](http://www.TS.at) 16.4.2010

## Volkszählung

Nach früheren Zählungen in den Jahren 1961, 1971, 1980, 1990 und 2000 hat in Indonesien am 1. Mai die sechste Volkszählung begonnen. Bei der letzten Zählung im Jahr 2000 bestand die Bevölkerung aus 205 Millionen Menschen, für 2010 erwartet man 234 Millionen Menschen in 65 Millionen Haushalten. Der Fragebogen umfasst etwa 40 Fragen, darunter auch solche, die sich auf Lese- und Schreibfähigkeiten sowie auf das Vorhandensein sanitärer Anlagen beziehen. Diesbezüglich wurden sowohl Lob als auch Kritik geäußert. Eny Setyaningsih vom *Education Network for Justice Indonesia* schätzte ein, dass 20 Minuten – die für die Befragung einer Person veranschlagte Zeit – zu kurz seien, um die Lese- und Schreibfähigkeit einer Person zu bestimmen: »Oft schämen sich die Menschen, zuzugeben, dass sie Analphabeten sind. Zur Bestimmung der Lese- und Schreibfähigkeit müsste ein Test durchgeführt werden.« Suryani Amin, Koordinator im *Mercy Corps Program of Urban Sanitation and Hygiene Promotion*, sagte, die Abfrage sanitärer Einrichtungen sei ein »Schritt vorwärts«, um bessere Kenntnisse der hygienischen Zustände im Land zu erlangen. Rusman Heriawan von der *BPS* erklärte, die Zählung ziele insgesamt darauf ab, im Vergleich zu 2000 eine bessere Einsicht in die Lebensbedingungen der Indonesier zu gewinnen.

vgl. [www.thejakartapost.com/http://dds.bps.go.id/](http://www.thejakartapost.com/http://dds.bps.go.id/) (Badan Pusat Statistik) 3.5.2010

nachrichten

## Finanzministerin wurde Weltbank-Direktorin

Die für ihre strengen Maßnahmen gegen Korruption bekannte indonesische Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati, die einen sehr guten Ruf genießt, übernahm am 1. Juni 2010 einen der drei Direktorenposten der Weltbank. Weltbank-Chef Robert Zoellick nennt sie eine »außergewöhnlich versierte Expertin«, die zudem Wissen aus einem Land mitbringe, in dem die Armutsbekämpfung noch immer eine große Herausforderung darstelle. Ihre »Erfolge im Kampf gegen Korruption und für gute Regierungsführung« seien beeindruckend, so Zoellick. Das Wirtschaftsmagazin *Forbes* setzte Mulyani auf der Liste der mächtigsten Frauen der Welt auf Platz 23, die Zeitung *Emerging Markets* kürte sie wiederholt zur besten Finanzministerin Asiens. Es wird Mulyani zugerechnet, Indonesiens Staatsverschuldung deutlich gesenkt zu haben, wobei ein Ansatz ihrer Strategie die Besinnung auf binnenländische Kaufkraft ist. Mulyani hat drei Kinder und soll bei der Weltbank Lateinamerika, den Nahen Osten, große Teile Afrikas sowie den Pazifikraum betreuen. Sie selbst äußerte, die neue Aufgabe sei eine »große Ehre« für sie selbst und ihr Land. In Indonesien reagierte die Börse indes geschockt: Die Kurse brachen ein, als bekannt wurde, dass Mulyani Jakarta verlässt.

vgl. *Basler Zeitung* 7.5.2010

## Fatwa gegen das Rauchen

Die mit 40 Millionen Mitgliedern landesweit zweitgrößte islamische Organisation *Muhammadiyah* hat eine Fatwa gegen das Rauchen ausgesprochen und das Rauchen damit als »haram«, moralisch falsch, erklärt. Die Organisation vertritt bei kontroversen Themen wie Kleidungsfragen ansonsten eher moderate Positionen. Mit entsprechendem Erstaunen hat die indonesische Öffentlichkeit daher die Verkündung der Fatwa aufgenommen. Begründet wird diese mit dem Anspruch, einen gesunden Lebensstil fördern zu wollen. Tatsächlich wird geschätzt, dass jedes Jahr etwa 400.000 Indonesier an den Folgen

des Rauchens sterben. Yunahar Ilyas, führendes Mitglied der *Muhammadiyah*, erklärte, das Rauchen sei eine »schlechte Angewohnheit«, die Menschen physisch und geistig schwäche und sogar für Selbstmord verantwortlich gemacht werden könne. Die durch die Fatwa hart getroffene indonesische Tabakindustrie gehört indes zu den wichtigsten Arbeitgebern des Landes, sponsert Sport- und Musikveranstaltungen und spült eine hohe Steuersumme in die Staatskasse. Die Branche beschäftigt viele Arbeiter aus armen und ländlichen Gegenden.

vgl. [www.asianews.it](http://www.asianews.it) 10.3.2010

## Erstes Kernkraftwerk

Indonesien plant den Bau eines Kernkraftwerks zwischen 2018 und 2020. Ursprünglich sei hierfür das Jahr 2016 avisiert worden, jedoch sei es nicht möglich, das Kraftwerk bis zu diesem Termin fertig zu stellen, so der Chef der National Nuclear Power Agency (Batan) Hadi Hastowo. Er erklärte, die indonesische Öffentlichkeit solle wissen, dass der Bedarf des Landes an Elektrizität zukünftig stark steigen werde und der Bau eines Kernkraftwerks deshalb in den nationalen Energieentwicklungsplan integriert werden müsse, um künftigen Elektrizitätsengpässen vorzubeugen. »Das Kraftwerk wird nicht mit anderen Energiequellen konkurrieren, es ist ledig-

lich eine Ergänzung, um die konstante Verfügbarkeit von Elektrizität zu gewährleisten. Alle anderen alternativen Energien wie Geothermie, Wind- und Wasserkraft, Photovoltaik und Biomasse werden weiterhin Teil des Entwicklungsplans sein«, so Hastowo. Er wies weiter darauf hin, dass die verfügbaren Reserven anderer Quellen zur Deckung des künftigen Bedarfs allein nicht ausreichen. Kernenergie sei heutzutage technisch weit ausgereifter und ökonomischer als noch vor ein oder zwei Jahrzehnten. Darüber hinaus seien die Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken der vierten Generation sehr hoch.

vgl. ASEAN Affairs 1.5.2010

## Demonstrationen für gute soziale Sicherung

Mehrere tausend Demonstranten haben am 1. Mai 2010 in Jakarta unter massiver Polizeipräsenz für eine bessere soziale Sicherung protestiert. »Das soziale Netz in Indonesien ist immer noch schwach«, so der Kopf der *Indonesian Workers Association* Saepul Tavip. »Es schützt nur einen Teil der Arbeiter.« Neben der Forderung, aus dem 1. Mai einen Urlaubstag zu machen, umfassten die Forderungen der Demonstranten eine lebenslange Krankenversi-

cherung und einen Pensionsfonds. Viele Arbeiter sind nur so lange krankenversichert, wie ihre Beschäftigung andauert. Weitere Versammlungen fanden Berichten zufolge in Bandung, Medan, Yogyakarta und Makassar statt. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono forderte die Demonstranten auf, sich mit Arbeitgebern und Gewerkschaften an einen Tisch zu setzen, um die Probleme möglichst friedlich zu lösen.

vgl. AFP 2.5.2010